

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1906

3.11.1906 (No. 359)

Karlsruher Zeitung.

Samstag, 3. November.

Expedition: Karl-Friedrich-Straße Nr. 14 (Telephonanschluß Nr. 164), woselbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden.

Borauszahlung: vierteljährlich 3 M. 50 Pf.; durch die Post im Gebiete der deutschen Postverwaltung, Briefträgergebühr eingerechnet, 3 M. 65 Pf.

Nr. 359.

Einrückungsgebühr: die gespaltene Petitzeile oder deren Raum 25 Pf. Briefe und Gelder frei.

1906.

Unberlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen.

Amtlicher Teil.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben unterm 23. Oktober d. J. gnädigst geruht, den Rechnungsrat Johann Kern bei der Steuerdirektion zum Revisionsvorstande bei dieser Stelle zu ernennen.

Nicht-Amtlicher Teil.

Arbeitslosigkeit in den Niederlanden.

Allgemeine, zahlenmäßige Angaben über Umfang und Bedeutung der Arbeitslosigkeit in den Niederlanden sind nicht vorhanden, dagegen Material für einzelne Städte. Die Gewerkschaftsbewegung ist in den Niederlanden verhältnismäßig wenig entwickelt und ist insbesondere nach dem Generalfstreik im Jahr 1903 sehr stark zurückgegangen. Das nationale Arbeiterssekretariat, die Zentralstelle der niederländischen Arbeiterorganisation, umfaßte im Jahre 1895 31 Verbände mit 18 700 Mitgliedern, im Jahre 1904 dagegen 47 Fachverbände und Fachvereine mit nur 6565 Mitgliedern, die 1½ Cents pro Woche Beitrag zahlen. Der Verband der Diamantarbeiter, der etwa 6000 Mitglieder zählt, ist dem nationalen Sekretariat nicht angeschlossen. Die Eisenbahnarbeiter und die Gemeindearbeiter, die dem Sekretariat auch nicht angeschlossen sind, haben nach dem Streik einen großen Teil ihrer Mitglieder verloren. Die Unterstützung bei Arbeitslosigkeit ist in den niederländischen Fachverbänden noch wenig ausgebildet. Nach einer von den Gewerkschaften veranstalteten Enquete, hatten in Amsterdam im Jahre 1903 von 46 Arbeiterfachvereinen nur neun, wenigstens in ihren Statuten, diesen Unterstützungsgegenstand vorgesehen, vier davon gehörten dem Buchdruckerhandwerk, vier der Tabakindustrie an, einer war ein Verband der kaufmännischen Angestellten. Im Jahre 1903 ist von einem Verband antisozialistischer Vereine in Rotterdam ebenso wie vom Diamantarbeiterverband die Frage der Einführung der Arbeitslosenunterstützung zur Erörterung gestellt worden.

Auch in den Niederlanden, wie in den übrigen Ländern zeigt sich die erste Beschäftigung mit dem Problem der Sicherstellung der Arbeiterklasse gegen die Folgen der Arbeitslosigkeit zu Beginn der 90er Jahre des vorigen Jahrhunderts. In der Hauptstadt Amsterdam wurde im Jahre 1893 auf Andrängen einflussreicher Personen von dem Gemeinderate eine Kommission zur Untersuchung der Frage der Arbeitslosigkeit eingesetzt. Diese erstattete noch im nämlichen Jahre ihren Bericht, in dem sie zu dem Schluß gelangte: a. daß zuverlässige Nachrichten über den Umfang der Arbeitslosigkeit nicht zu erlangen seien, namentlich auch nicht durch die Fachvereine der Arbeiter, b. daß weder die Fachvereine, noch die Kommission Mittel ausfindig machen könne, durch welche die Gemeinde eine ausreichende Besserung des Zustandes herbeiführen könne. Als wünschenswert wurde jedoch bezeichnet, daß die Gemeinde diejenigen Arbeiten, die in den Wintermonaten ausgeführt werden könnten, so viel als angängig für diese Zeit zurückstelle. Ende Dezember 1897 wurde von dem Amsterdamer Gemeinderat eine zweite Kommission mit der Untersuchung der Frage betraut, welche Maßnahmen etwa zur Minderung der Arbeitslosigkeit und zur Linderung der daraus entstehenden Notlage ergriffen werden könnten. Aus ihrer Mitte ging eine Subkommission hervor, der aus städtischen Mitteln ein Betrag von 5000 Gulden zur Verfügung gestellt wurde, und die von der Stadtbehörde den Auftrag erhielt, Untersuchungen nach den Arbeitsverhältnissen in der Gemeinde anzustellen. Zu gleich negativem Ergebnis führten Untersuchungen, die von privater Seite, nämlich der „gemeinnützigen Gesellschaft“, im Jahre 1894 veranstaltet wurden. Der Bericht sprach sich dahin aus, daß es sich nicht empfehle, für die Niederlande sich mit der Arbeitslosenversicherung zu beschäftigen. Man solle nicht daran denken, sie zu fordern, solange noch die Krankenversicherung und die Unfallversicherung so unvollständig geregelt und die Organisation der Arbeiter- und Fachverbände so lückenhaft sei.

Ein erster praktischer Versuch wurde im Jahre 1901 in Leyden von der Leydner „Gesellschaft zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit“ gemacht, die eine Ar-

beitslosenkasse einrichtete. Es gelang ihr im Jahre 1903 51 Bauarbeiter als Mitglieder zu gewinnen, von denen 21 im Winter 1902/03 arbeitslos waren und mit 2—5 Gulden pro Woche unterstützt wurden. Eine weitere Entwicklung haben aber weder diese Einrichtung, noch die Ansätze der Arbeitslosenunterstützung bei den Fachvereinen genommen. Im Jahre 1900 wurde die Frage in Amsterdam nochmals aufgenommen. Es wurde eine ständige Kommission eingesetzt. Der Bericht der Kommission ist am 9. Februar 1903 erstattet worden. Bei der Untersuchung war von vornherein die Frage der Zwangsversicherung ausgeschlossen worden. Der Bericht erklärt, eine allgemeine Kasse zur Versicherung gegen Arbeitslosigkeit für Arbeiter aller Gewerbe biete viele Nachteile; da, wo sie eingerichtet wäre, habe sie bald den Charakter einer verdeckten Armenunterstützung erhalten. Die Kommission beurteilt wesentlich günstiger das Genter System, nach dem die Gemeinde Unterstützungen an Vereinigungen gewährt, die in werktätiger Weise den Willen an den Tag legen, sich selbst zu helfen. Die Kommission ist überzeugt, daß Versicherung gegen Arbeitslosigkeit allein innerhalb der einzelnen Gewerbe möglich sei. Für Amsterdam verspricht sich die Kommission jedoch, namentlich im Anfange, von einem Vorgehen im Sinne des Genter Systems wenig Erfolg, weil hier die Organisation der Fachvereine mit wenigen Ausnahmen nur schwach entwickelt sei. Immerhin glaubt sie einen Versuch nach dem Genter Muster empfehlen zu können. Der Gemeinderat von Amsterdam hat dem Bericht bisher eine Folge nicht gegeben. Anders ist im Haag die Frage der Versicherung gegen Arbeitslosigkeit von privater Seite aufgenommen worden. Von Seiten eines Komitees wurde für die Einführung des Genter Systems Propaganda gemacht, und zwar insbesondere für die Zuschußpareinrichtung dieses Systems, da die Organisation der Arbeiter im Haag noch zu unentwickelt sei. Der Gemeinderat hat bisher eine Mitwirkung dabei abgelehnt. In Dordrecht ist die Frage von der „Gesellschaft für Kunst und Gewerbe“ und der „Arbeiterkammer für das Baugewerbe“ in Angriff genommen worden, auf deren Anregung sich im Jahre 1902 ein Komitee gebildet hat. Auch hier wird die Einführung des Genter Systems empfohlen.

Ein Eingreifen des Staates steht in den Niederlanden nicht in Aussicht, die Betätigung der Gemeinden befindet sich noch im Stadium der Vorbereitung oder der Erwägung. Aussicht auf Einführung hat jedenfalls bisher nur das Genter System. Andererseits fehlen bisher in erheblichem Maße die Vorbedingungen des Genter Systems, nämlich Organisation der Arbeiterschaft und Einführung der gewerkschaftlichen Arbeitslosenunterstützung. Irgend welche positiven Ergebnisse liegen bisher in keiner Richtung vor.

Steuereulastung.

— Stuttgart, 1. November.

Der Notstandsantrag zugunsten der Weingärtner, den die Volkspartei eingebracht hatte, ist von der Abgeordnetenversammlung in der vorgelegten Form angenommen worden, weil alle Parteien das Mitgefühl, dem auch vom Regierungskreis aus in warmen Worten Ausdruck gegeben wurde, einmütig bekräftigen wollten. Daß im übrigen die Kammer sich nicht an die in dem Antrag enthaltenen Vorschläge binden wollte, ging aus der Erörterung deutlich hervor. Die Regierung ihrerseits hat, wie sie mitteilte, unabhängig von dem Antrag Bez und Gen. bereits Erhebungen eingeleitet, um die wirkliche Größe des durch den Herbstausfall bewirkten Notstandes festzustellen, und nach diesen Feststellungen werden sich die etwa vorzuziehenden Hilfsmittel richten. War es somit nicht zu umgehen, daß die Regierung im einzelnen ihre Vorbehalte machte, so konnte sie andererseits da, wo es erforderlich werden sollte, ein über den Antrag hinausgehendes Entgegenkommen zusichern. Mit besonderer Befriedigung stellte Finanzminister Dr. v. Jeyer fest, wie die zum Teil immer noch ungedeckter Beurteilung ausgesetzten neuen Steuererträge gerade bei solchen Notständen ihre sehr wohlthätige Wirkung zeigen. Nicht nur, daß die staatliche Grundsteuer sich auf einen gerade für den kleinen Weingärtner ganz minimalen Betrag ermäßigt hat; auch das Einkommensteuergesetz gestattet, neben der in dem Antrag Bez erbetenen Steuerbindung erforderlichenfalls auch teilweisen Nachlaß und selbst gänzliche Niedererschlagung der Steuer, und das obwohl die Einkommensteuer des Lau-

(Mit einer Beilage.)

fenden Jahres von dem vorjährigen Ertrag zu entrichten ist, also von einer Einnahme, die die Weingärtner wirklich bezogen haben. Der Minister sagte zu, in dieser Hinsicht den Steuerbehörden möglichst entgegenkommende Weisungen zu geben.

Jetzt wird nun auch ein Nachweis darüber veröffentlicht, wie die Steuerreform überhaupt entlastend gewirkt hat. Darnach ist eine Entlastung eingetreten für 24 Oberamtsbezirke des Landes und, ohne Beschränkung auf letztere, vielmehr in der Verteilung über das ganze Land hin, in 1290 Gemeinden = 68 Prozent sämtlicher Gemeinden. Der höchste Betrag der Entlastung für eine einzelne Gemeinde ist 8258 M. Mehr als 1000 M. beträgt die Entlastung für 156, mehr als 2000 M. für 23 Gemeinden. Die entlasteten Gemeinden sind solche mit vornehmlich kleinbäuerlicher und kleingewerbetreibender Bevölkerung, während die Städte mit dem Sitz großer Industrien und großer Vermögen eine Mehrbelastung erfahren haben, die bei Stuttgart nicht weniger als 1½ Millionen ausmacht.

Der Schulstreik in Posen.

(Telegramm.)

* Berlin, 1. Nov. Die „Nordd. Allg. Ztg.“ bringt über den sog. Schulstreik in der Provinz Posen eine längere Darlegung, in der es heißt: Die Oberpräsidialverordnung vom 24. Oktober 1873 führte die deutsche Unterrichtssprache in allen Volksschulen der Provinz Posen ein; nur für den Religionsunterricht schrieb sie vor, daß er den Kindern polnischer Zunge in der Muttersprache zu erteilen sei. Wenn die Kinder jedoch — heißt es in der Instruktion weiter — in der Kenntnis der deutschen Sprache so weit vorgeschritten seien, daß ein richtiges Verständnis bei einer in deutscher Sprache erfolgenden Unterweisung erreicht werden kann, so ist letztere mit Genehmigung der Regierung auch in diesen Gegenständen (Religion und Kirchengesang) auf der Mittel- und Oberstufe als Unterrichtssprache einzuführen. Würde der Religionsunterricht den Kindern aus polnischen Familien selbst dann in polnischer Sprache erteilt, wenn sie das Deutsche vollkommen ausreichend beherrschten, so würde das zunächst eine sehr beträchtliche Vermehrung der Lehrer polnischer Abkunft erfordern, die in so großer Zahl gar nicht zur Verfügung stehen und auch wegen ihrer polnischen Abkunft an der gewissenhaften Erfüllung ihrer amtlichen Pflichten beunruhigt durch die gehässigen Angriffe ihrer Landsleute verhindert werden. Vor allem aber würde durch die Anerkennung des Satzes, daß in der Provinz Posen auch fertig deutsch sprechenden und verstehenden Kindern der Religionsunterricht in polnischer Sprache zu erteilen sei, diejenige Legende bedenklich unterstützt werden, auf welcher in letzter Linie der politische Einfluß der polnischen Agitatoren beruht, daß nämlich polnisch und katholisch identisch sei, und daß der polnisch-katholische Glaube etwas wesentlich Abweichendes und etwas unendlich Besseres sei, als der Glaube der katholischen Deutschen.

Es steht fest, daß mit dem geltenden System auch in religiöser Hinsicht durchaus befriedigende Erfolge erzielt werden. Auch fanden sich damit bis zu diesem Sommer überall Schulfinder und Eltern ab, wenn nicht ausnahmsweise, wie in Breschen, die Bevölkerung durch starke äußere Einflüsse aufgereizt wird. Die „Nordd. Allg. Ztg.“ legt dann ausführlich das Entstehen des Schulstreiks dar, zu dem die Erfolge des von polnischen Agitatoren in Rußland veranstalteten Schulstreikes die Anregung gaben. Einen bedenklichen Charakter nahm der Schulstreik an, als der Erzbischof unmittelbar nach den Ferien von allen Kanzeln einen Hirtenbrief in polnischer Sprache verlesen ließ, in welchem er über den unzureichenden Religionsunterricht in der Volksschule klagte und seine Diözesanen zur Ergänzung desselben durch einen solchen in Haus und Kirche aufforderte. Der Umstand, daß dieser Hirtenbrief jede Warnung vor ungesegneten Schritten unterläßt, gab der Presse und den Agitatoren willkommenen Anlaß zu der irreführenden Behauptung, als ob die kirchliche Oberbehörde den ebenso unpädagogischen, wie unchristlichen Schulstreik billige. Selbst in Ortschaften, wo seit mehr als 10 Jahren die deutsche Unterrichtssprache eingeführt war, ja sogar in Orten, wo die Kinder schon vor ihrem Eintritt in die Schule völliges Verständnis für die deutsche Sprache besitzen, kam es zu Schülerausständen. In der polenfreundlichen Presse wird es so dargestellt, als wenn die polnische Sprache im Religionsunterricht ausnahmslos befeitigt werde, und ferner die unwahre Behauptung verbreitet, daß der Religionsunterricht in einer den Kindern zwar verständlichen, aber von ihnen im Elternhause nicht gebrauchten Sprache den Vorschriften der katholischen Kirche widerstreite. Die Schulverwaltung hat der behauerlichen Bewegung gegenüber ihre Ruhe und Besonnenheit bewahrt. Das Ziel der polnischen Agitatoren, die Lehrerschaft nervös zu machen und zu Mißhandlungen der Kinder zu verleiten, ist bisher nicht erreicht und wird auch nicht erreicht werden. Man wird auch ferner tunlichst vermeiden, die Kinder zu Märtyrern für die Schuld anderer zu machen. Dagegen wird die Schulzucht nachdrücklich aufrechterhalten. An dem Religionsunterricht in deutscher Sprache nicht teilnehmende Schüler werden in den betreffenden Stunden anderweit möglichst mit deutschem Sprachunterricht beschäftigt. Ist die Zahl der widerpenftigen Kinder in einer Schule erheblich und ergeben sich Schwierigkeiten für die Wahrung der Disziplin, so werden jene von den willigen Kindern abgefordert behufs eingehenderer erzieherischer Beeinflussung. Die dadurch vielfach not-

Großherzogtum Baden

* Karlsruhe, 2. November.

Gestern vormittag hörte Seine Königliche Hoheit der Großherzog in Schloß Baden den Vortrag des Legationsrats Dr. Seyb. Zur Abendtafel der Höchsten Herrschaften erschien Ihre Durchlaucht Prinzessin Amalie zu Fürstenberg.

Heute vormittag empfing Seine Königliche Hoheit der Großherzog den Geheimrat Dr. Nicolai zu längerem Vortrag, der am Nachmittag fortgesetzt wurde.

An der Frühstückstafel nahm Ihre Kaiserliche Hoheit Prinzessin Wilhelm teil.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben in Gnaden geruht, den Sattelkammeraufseher Philipp Peter Schmitt zum Offizianten III. Klasse zu ernennen.

(Großherzogliches Hoftheater.) In Johanna Wolff-Friedbergs „Sonnenprinzeh“, deren Aufführung Samstag den 3. November im Hoftheater stattfindet, sind in den Hauptrollen beschäftigt die Damen Ermarth, Linnard, Müller, Bodechtel und die Herren Baumbach, Seidler, Wassermann, Halleo und Krones.

(Kaufmännischer Verein Karlsruhe.) Am letzten Vortragsabend sprach Geh. Medizinalrat Dr. Leppmann-Verein über „Seelenärztliche Tagesfragen“. In leichtem, gewandtem Vortrage, dabei doch mit systematischer, übersichtlicher Gliederung des Stoffes, schilderte Dr. Leppmann die Merkmale geistiger Erkrankung, die sich fast stets ganz allmählich vorbereiten. Es sei sehr wichtig, die Krankheit möglichst früh zu erkennen, da die Aussichten für Heilung oder Besserung naturgemäß in den Anfangsstadien am günstigsten seien. Leute, die sich selbst beständig beobachten und an sich allerlei Anomalitäten wahrzunehmen glauben, sind meist nur nervös überreizt, während den wirklichen Geisteskranken, den Paralytischen wie den Paranoikern, ihr krankhafter Zustand gar nicht zum Bewußtsein kommt. Der Redner sprach dann über die sogenannten Minderwertigen, die Halbkranken, die eine sehr schwer zu behandelnde Gruppe in der Rechtspflege bilden, die nicht gerade geisteskrank sind, aber aus allerlei trüben Gründen, aus Eitelkeit, aus Egoismus, aus Mißgunst usw., zu den bedenklichsten, gefährlichsten Ertragsabgaben neigen, und wenn sie einmal vorbestraft sind, immer wieder rückfällig werden (der sensationelle Massenräuber von Köpenick sei wohl auch zu dieser Gruppe zu rechnen). Bei der strafrechtlichen Behandlung solcher Leute empfiehlt Dr. Leppmann zunächst Anwendung der bedingten Verurteilung, dann beim Strafvollzug mögliche Milde u. schließlich, wenn andere Mittel versagen, Unterbringung in besonderen Kolonien oder Anstalten. Professor Leppmann sagte zum Schluß, daß er ohne Anfang und ohne Ende lediglich die Höheren über das betreffende, von den Laien sehr wenig gekannte Gebiet unterhalten wollte. Die aus reichem Wissen und langer Erfahrung geschöpfte Klauerei war schließlich aber doch eine recht abgeschlossene, seelenärztliche Skizze, die für jeden Belehrten und Anregung bot. Dem Redner wurde lebhafter Beifall gesendet. — Am nächsten Donnerstag den 8. November wird Otto Julius Bierbaum über moderne Literaturgeschichte sprechen.

(Deutscher Schulverein.) Am 7. d. M., abends 8 1/2 Uhr, wird im großen Rathsaal der Vorlesung des Westböhmisches Schulvereins, Herr Dr. Franz Perlo in München, einen Vortrag über „Die nationale Stellung der deutschen Böhmen mit Berücksichtigung der Schulvereinsarbeit“ halten. Der Eintritt ist frei, nur einige reservierte Plätze sind mit 1 M. besetzt; wer jedoch für den guten Zweck des Deutschen Schulvereins ein Opfer bringen will, dem ist durch Ankauf einer guten Karte des im Vortrage zur Besprechung kommenden Gebietes, einiger schöner Ansichtspostkarten, oder durch Beitritt zum Verein reichlich Gelegenheit geboten.

(Vortrag Dr. Forel.) Am Samstag den 24. November findet im Museumsaal ein Vortrag Professor Dr. August Forels über „Hygiene und Erziehung des Sexuallebens“ statt. — Kartenverkauf findet in der Musikalienhandlung St. Doert, Kaiserstraße 159, Eingang Ritterstraße, statt.

(Vom Rheinhausen.) Die Großh. Oberdirektion des Wasser- und Straßenbaues hat sich, dem Ansuchen des Stadtrats entsprechend, bereit erklärt, die Pläne für den Ausbau des Nordbeckens des städtischen Rheinens ausarbeiten zu lassen und auch seinerzeit die Verteilung städtischen Regenwasser zur Rechnung der Stadtgemeinde zu übertragen. Der Stadtrat hat daraufhin beschlossen, die Zustimmung des Bürgerausschusses dazu nachzusuchen, daß für die Ausarbeitung von Plänen und Kostenschätzung für den Erweiterungsbau 1000 M. zu-

nächst aus Wirtschaftsmitteln bewilligt werden. Die Großh. Rheinbauinspektion, die mit der Ausarbeitung der Grundlagen für die Baupläne betraut ist, regt an, daß zur Vermeidung von Verzögerungen die Baustelle von Bäumen und Gestrüpp noch in diesem Winter geräumt wird. Dem soll entsprochen werden.

(Aus der Sitzung der Strafkammer II vom 31. Oktober.) Vorsitzender: Landgerichtsrat Dr. Schid. Vertreter der großh. Staatsanwaltschaft: Staatsanwalt Dr. Rudmann. — Der Kellner Franz Joseph Herrmann aus Neutlingen wurde wegen Vergehens gegen §§ 271, 169 R.-St.-G.-B. (Vergehen gegen das Personenhandgeßetz) zur Verantwortung gezogen und mit einer Woche Gefängnis bestraft. — Einem schweren Diebstahls hatte sich der zuletzt in Forzheim beschäftigte Hausburche Adolf Emil Weiffert aus Reihingen schuldig gemacht. Er war am 13. März, nachmittags zwischen 12 und 1 Uhr, in den Laden des Metzgermeisters Bühl in Brödingen eingeschlichen, hatte dort mit einem Fleischhacker die Ladentasse erbrochen und aus derselben den Geldbetrag von etwa 25 M. entwendet. Das gegen den bisher unbestraften und gefährlichen Angeklagten erlassene Urteil lautete auf 3 Monate Gefängnis, abzüglich 3 Wochen Untersuchungshaft. — Der Presserlehrling Gustav Morlok aus Heinsheim, wohnhaft in Forzheim, der wußte, daß der Gutspächter Bachmann auf dem Heudachhof mit dem Metzgermeister Schächter in Forzheim in Geschäftsverbindung stand, machte sich die Kenntnis dieser Tatsache zunutze, um dem Schächter einen größeren Geldbetrag abzuschwindeln. Wegen Urkundenfälschung und Betrugs wurde der Angeklagte mit 6 Wochen Gefängnis bestraft.

(Aus dem Polizeibericht.) Gestern nachmittags 2 1/2 Uhr wurde ein verheirateter Maschinist, welcher in seinem Garten hinter der Eisenbahnstraße arbeitete, von einem mit einer scharf geladenen Flöterpistole hantierenden 13jährigen Knaben aus Unvorsichtigkeit in den Rücken geschossen. Der Verletzte wurde auf ärztliche Anordnung in das Diakonissenhaus verbracht, wo die Kugel entfernt wurde. Die Verletzung ist, wenn keine Entzündung hinzutritt, nicht lebensgefährlich.

(Heidelberg, 1. Nov.) Gestern hat die Heidelberger Studentenschaft zur Feier des 80. Geburtstages Seiner Königlichen Hoheit des Großherzogs und der goldenen Hochzeit des Großherzogspaares einen Festkommers in der Stadthalle veranstaltet, der einen glänzenden Verlauf nahm. Das erste Konzert des Bachvereins vom letzten Sonntag brachte einen historischen Rückblick. Werke aus dem 18. Jahrhundert, zum Schluß Haydns G-dur-Sinfonie. Besonders eine Sinfonie von Stamitz (Mannheimer Schule) gefiel außerordentlich. Die Brüsseler Sängerin Marie Wuisson entzückte durch ihre vornehme Stimme und den vornehmen Vortrag altfranzösischer Chansons.

(Vom Oberland, 30. Okt.) Am vergangenen Sonntag hielt der Dreißgauer Sängerbund — 26 Vereine mit etwa 1000 Sängern — in Sulzburg seine diesjährige Hauptversammlung ab. Bei der Hauptversammlung im Rathsaalssaal waren 17 Vereine vertreten. Für das im nächsten Jahre stattfindende Dreißgauer Sängerbundfest ist Waldfisch vorgezogen; es wurden die üblichen drei Gesamtdörre bestimmt. Als die geeignete Zeit für die Abhaltung des Festes wurde der Monat Juli festgesetzt.

(Vom Bodensee, 2. Nov.) Der „Verein für Geschichte des Bodensees“ und seiner Umgebung hat soeben das 35. Heft seiner „Schriften“ ausgeben. Das neue Heft enthält „Königin Hortense und Prinz Ludwig Napoleon“, nach den Quellen bearbeitet von Dr. Johannes Neper in Frankfurt. Außerdem bringt das Heft einen Vortrag von Professor Dr. Johannes Dietauer: „Der Zug der Scharen gegen Konstanz 1633“; dann von Professor Günther in München: „Die Bodenseeforschung in ihrer geschichtlichen Entwicklung“ und die Abhandlung des Professor Schmiedle in Weersburg: „Zur geologischen Geschichte des nordwestlichen Bodensees“. Das erste Blatt des Heftes, dessen Herausgabe in die Zeit des 80. Geburtstages Seiner Königlichen Hoheit des Großherzogs Friedrich von Baden und der goldenen Hochzeit des Großherzogspaares fällt, ist dem hohen Jubelpaare gewidmet. Unter den sechs Anknüpfungsbeilagen, die nebst einer Karte das Heft schmücken, finden sich die Bilder des Großherzogs und der Großherzogin, ferner zwei Bilder der Königin Hortense und verschiedene Ansichten des Schlosses Arenenberg.

(Kleine Nachrichten aus Baden.) In Irsenhausen wird der 13jährige Sohn Anton des Landwirts Kummerlander vermisst. — In Forzheim wurde der 24 Jahre alte Kaufmann Singer von Wildberg, der einem Brautweinfändler in Schramberg 1100 M. unterschlug, mit seiner Gesehten verhaftet. Das Geld war bis auf 182 M. verausgabt worden. — In Heberlingen fand Mittwoch der letzte Obimarkt statt. Zum Verkauf standen 1920 Zentner Tafel- und 80 Zentner Mostobst. Erlöst wurden für Mostobst per Doppelzentner 8 1/2 bis 9 1/2 M., für Tafeläpfel per Kilo 14 bis 22 Pf., für Tafelbirnen per Kilo 14 bis 18 Pf. — In Konstanz sind durch die bevorstehenden Bürgerauswahlwahlen von 96 Sigen 52 neu zu belegen; es verbleiben 29 Nationalliberale (bzgl. von der nationalliberalen Partei Gewählte), 7 Zentrumseute, 5 Demokraten, 3 Sozial-

wendig werdende Neuanstellung von Lehrern und die Beschaffung weiterer Schulräume erfolgt auf Kosten der Gemeinden. Der Widerstand der streikenden Kinder wird durch Nachsicht in pädagogischen Grenzen gehandelt. Gegen die Eltern, welche ihre Kinder von dem Schulbesuch überhaupt oder von diesen Mehestunden zurückhalten, wird mit Schulverfügungsmitteln vorgegangen. Kinder, denen die zur Entlassung aus der Schule erforderliche sittliche Reife ihrem ganzen Verhalten nach fehlt oder die die durch die Volksschule vermittelten Kenntnisse sich absichtlich nicht aneignen, werden bei dem nächsten Schulentlassungstermine nicht berücksichtigt werden. Aufreizungen durch die Presse gegen die Schulordnung, Beleidigungen und Verleumdungen von Lehrern werden strafrechtlich verfolgt und unbotmäßige Schulvorstände ihres Amtes entoben werden. Die Unterrichtsverwaltung hofft, mit diesen Mitteln allmählich eine Beruhigung der durch maßlose Verheerung erregten Gemüter herbeizuführen. Auch die Führer der Bewegung, namentlich die polnischen Geistlichen, welche den Schulstreik bisher offenbar oder geheim gefördert haben, werden zu der Erkenntnis gelangen, daß in erster Linie die Kirche Schaden erleidet, wenn zahlreiche Kinder der religiösen Einwirkung der Schule entzogen werden.

Aus Frankreich.

(Telegramme.)

* Paris, 2. Nov. In betreff der Erklärung, welche Ministerpräsident Clemenceau am Montag in der Kammer im Namen der Regierung verlesen wird, wird gemeldet, daß diese in vollständiger und unzweideutiger Weise das Programm des Kabinetts enthalten werde, welches in der letzten Sitzung des Ministerrates in allen Einzelheiten festgelegt wurde. Was die äußere Politik anlangt, so werde Clemenceau darauf hinweisen, daß eine große Demokratie wie die französische zur Durchführung ihrer sozialen Reformen einen dauerhaften Frieden brauche. Frankreich werde seiner Alliance und seinen Freundschaften treu bleiben und mit den anderen Nationen courtoisvolle Beziehungen unterhalten. Er werde hinzufügen, daß man zur Erhaltung des Friedens stark sein und eine Armee und eine Marine besitzen müsse, in welchen die Disziplin in allen Rangstufen auf das Strengste verlangt werden müsse. Mit aller Entschiedenheit werde Clemenceau auch die antimilitaristischen Lehren zurückweisen.

* Paris, 2. Nov. Auf dem Kongreß der geeinigten Sozialisten in Limoges forderten mehrere Redner, daß die Partei das Ministerium Clemenceau nicht unterstützen dürfe, und zwar schon deshalb, weil sich in demselben Briand und Viviani, zwei Vertreter des Sozialismus, befinden. Jaurès bekämpfte diese Forderung und beschwor den Kongreß, der Partei nicht die Hände zu binden. Der zweite Führer der geeinigten Sozialisten, Jules Guesde, erklärte, der Kongreß dürfe bei dem Proletariat nicht den Glauben erwecken, daß das Kabinett durch die Schaffung eines Ministeriums der Arbeit alle Probleme lösen werde. Auf Antrag Jaurès wurde die Frage einem besonderen Ausschusse überwiesen. — Die royalistische „Action Française“ läßt heute durch Maueranschlag eine gegen den Kriegsminister Picquart gerichtete, maßlos heftige Erklärung verbreiten, in welcher Picquart wegen seiner Teilnahme an der Rehabilitierung Dreyfus' auf das schärfste angegriffen, der Fälschung beschuldigt und sein Avancement als ein skandalöses bezeichnet wird.

Die Lage in Rußland.

(Telegramme.)

* St. Petersburg, 1. Nov. Seine Majestät der Kaiser überließ heute mit der kaiserlichen Familie von Peterhof nach Barskoje Sielo.

* St. Petersburg, 2. Nov. Der Vorsitzende des Arbeiterdeputiertenrats, Kuschalow, und 14 Mitglieder dieses Rates sind zur Verbannung nach Sibirien verurteilt worden.

* Medwed (Gouv. Nowgorod), 1. Nov. Der Prozeß gegen die 191 Unteroffiziers des ehemaligen ersten Bataillons des Probraskenskijschen Leibgarde-Regiments wurde gestern beendet. Das Urteil lautete für 5 auf vier- bis achtjährige Zwangsarbeit, für 150 auf Einweisung in ein Disziplinarbataillon. Vier Feldwebel erhielten einen einmonatlichen Arrest. 32 Angeklagte wurden freigesprochen.

* Tiflis, 2. Nov. Aus Tzerum wird berichtet, daß dort zwischen der Regierung und der Bevölkerung blutige Zusammenstöße stattfanden. Vier Polizisten wurden getötet, der Gouverneur gefangen genommen und der allgemeine Aufruhr verhängt.

Zur Geschichte des Badischen Frauenvereins.

Von 1866 bis 1870.

(Schluß.)

Neben diesen Vorgängen, welche sämtlich die Fürsorge für etwaige künftige Kriegsereignisse zum Zweck hatten, wurden aber auch die Friedensaufgaben nicht aus dem Auge verloren. Die Verbindung des Wärtnerinneninstituts mit dem Luisenhaus hatte sich in mancher Beziehung als nicht ganz zweckentsprechend erwiesen. Sollte man sich bezüglich der ferneren Ausbildung von Krankenwärtnerinnen mehr auf eigene Hände stellen, so war die Errichtung einer eigenen Krankenanstalt notwendig. Mit Freude wurde deshalb ein Vorschlag der Herren Medizinalrat (jetzt Geh. Rat) Wattelshner und Augenarzt Dr. Maier, eine Klinik für chirurgische Fälle und Frauenkrankheiten und für Augenranke zu errichten, aufgegeben. In einer Sitzung des Komitees vom 31. Oktober 1866 wurde die Gründung einer Vereinsklinik beschlossen, anfänglich unter Leitung der Helferinnen aus den Kriegslazaretten, die aber schon am 1. Dez. den Dienst an die zur definitiven Uebernahme berufene Oberwärtnerin Fel. Sophie Nohs, der späteren hochverdienten Oberin des Schwesterverbandes, abgaben. Die Anstalt wurde allmählich erweitert, schon im ersten Jahre ihres Bestehens auf 16 Betten, wozu im zweiten Jahre, um die Anstalt in stand zu setzen, als Kreisaugenheilanstalt für die Kreise Karlsruhe und Baden benützt werden zu können, weitere 12 Betten kamen.

Die Ausbildung von Krankenwärtnerinnen nahm seit dem Jahre 1866 einen sehr erfreulichen Aufschwung. Von den ausgebildeten Kräften konnte nur ein kleiner Teil im Dienste des Vereins selbst Verwendung finden; noch war der Verein nicht in der Lage, außerhalb der Vereinsklinik und der Privatstation zu Karlsruhe Wärtnerinnen anzustellen; für die Frauen und Töchter aus den gebildeteren Ständen war zudem die Verwertung der erlangten Kenntnisse vorzugsweise für den Kreis der eigenen Familie ins Auge gefaßt. Daneben ging

aber das Bestreben der hohen Protektorin dahin, dem ausgebildeten Personal die Gewinnung einer beruflichen Stellung zu ermöglichen, und es gelang deren unablässigen Bemühungen schrittweise hierfür mehr und mehr Boden zu gewinnen. Im Jahre 1869/70 gelang es, mit den Vorständen des Allgemeinen Krankenhauses zu Mannheim und dem akademischen Spital zu Heidelberg ein Uebereinkommen dahin zu erzielen, daß im Bedarfsfälle Wärtnerinnen des Badischen Frauenvereins vor anderen der Vorzug gegeben werden sollte, ferner daß das Großh. Kriegsministerium mit Erlaß vom 18. Dezember 1869 die Verwendung von 3 Vereinswärtnerinnen im Militärspital dahier genehmigte, und endlich wurde durch ein Uebereinkommen mit den städtischen Behörden und dem Frauenverein zu Mannheim die Gründung einer mit dem Allgemeinen Krankenhaus daselbst in Verbindung stehenden, mit Vereinswärtnerinnen zu besetzenden Privatstation vereinbart.

In die Zeitperiode von 1866 bis 1870 fallen endlich zwei für die ganze künftige Entwicklung des Vereinswärtnerinneninstituts wichtige Vorgänge, nämlich: die Gründung eines Pensionsfonds für die vom Zentralkomitee angestellten Wärtnerinnen und die Erlassung eines Statuts für die Wärtnerinnenanstalt des Vereins, das die bis dahin getroffenen Anordnungen mit den für nötig erachteten Änderungen und Zusätzen zusammenfaßt und noch bis heute die Grundlage der ganzen Einrichtung bildet.

Es ist hier weiter zu gedenken der Fortsetzung der Vorträge für Frauen und Mädchen, welche der inzwischen zum Hofprediger ernannte frühere Oberkirchenratsassessor (späterer Prälat) Doll zu halten pflegte. Große Fortschritte machten in dem Zeitabschnitte von 1866 bis 1870, dank den unermüdeten Anregungen der Durchlauchtigsten Protektorin, die Bestrebungen des Vereins für die Ausbildung und die Hebung der Erwerbsfähigkeit des weiblichen Geschlechts. In die ersten Anfänge reichten sich allmählich einzelne andere Unternehmungen an. Durch die Ereignisse des Jahres 1866 und seine bedeutenden Nachwirkungen für die Tätigkeit des Vereins

in der Richtung auf die Erfüllung der übernommenen internationalen Verpflichtungen trat in der Erteilung von Unterricht in der Buchführung eine Unterbrechung ein. Dieselbe wurde erst im Frühjahr 1868 wieder aufgenommen. Ein neues Unternehmen trat im März 1867 ins Leben. Die Unterweisung in kunstgerechter Herstellung feiner weiblicher Handarbeiten und ein darauf abzielender Unterricht im Zeichnen wurde als ein entsprechendes Mittel zur Hebung der Erwerbsfähigkeit, wie zur Klärung des Geschmacks für Frauen und Jungfrauen aus gebildeteren Ständen erkannt und mit der Errichtung eines Unterrichtsurses vorgegangen. Den Unterricht im Zeichnen erteilte Frau Professor Alwine Schrödter, die Ausführung der Handarbeiten übernahm Fräulein Luise von Kettner. Eine große Aufmerksamkeit erhielt das junge Unternehmen gelegentlich der im Oktober 1868 in Berlin stattgehabten Ausstellung von Erzeugnissen weiblicher Kunst und Industrie, welche von dem unter dem Protektorat Ihrer Kaiserlichen Hoheit der Kronprinzessin Viktoria stehenden Vereine zur Förderung der Erwerbsfähigkeit des weiblichen Geschlechts veranstaltet worden war und welche auf Anregung Ihrer Königlichen Hoheit der Großherzogin durch Vermittlung des Badischen Frauenvereins auch von verschiedenen Anstalten und von manchen Frauen des Landes besichtigt wurde. Bei diesem Anlasse wurde dem hier in Frage stehenden Unterrichtsursen von der Ausschusskommission einstimmig eine der von der Frau Kronprinzessin für die besten Leistungen gestifteten zwei goldenen Medaillen als erster Preis verliehen. Von großer Bedeutung für den Unterricht der weiblichen Jugend des ganzen Landes war die Errichtung einer Anstalt zur Heranbildung von Arbeitslehrerinnen. Im Großherzogtum bildete die Unterweisung in den weiblichen Handarbeiten zwar schon seit der Mitte der 30er Jahre einen Bestandteil des obligatorischen Volksschulunterrichts und es war längst durch Verordnung der Oberstaatsbehörde die Mitwirkung drilicher Frauenvereine oder einzelner tüchtiger Frauen bei Erteilung und Beaufsichtigung dieses Unterrichtsverleges gewünscht und erbeten. In der Ausführung hing aber alles teils

demokratischen Neuwahl werden laut abgeschlossener Kompromiß 26 Nationalliberale, 14 Zentrum, 10 Demokraten, 2 Sozialdemokraten.

Tabakbau in Baden im Erntejahr 1905.

* Mit dem Anbau von Tabak befaßten sich im Großherzogtum im Erntejahr 1905 nach der endgültigen Feststellung 30 000 Pflanzler, die zusammen eine Fläche von 581 580 Ar bebauten. Im Vergleich zum vorhergehenden Jahre hat sich die Zahl der Pflanzler um 3378 (10,12 v. H.) und die Anbaufläche um 52 205 A (8,24 v. H.) vermindert.

Dieser große Rückgang rührt zunächst daher, daß durch ein im August v. J. niedergegangenes Hagelwetter, das beinahe das ganze Land betroffen hat, der Tabak auf vielen Grundstücken fast vollständig vernichtet worden ist, weshalb die Pflanzler, um wenigstens noch einen geringen Ertrag zu erhalten, diese Grundstücke umpflügten und mit anderen Früchten bebauen mußte. Die infolge dieses Unwetters umpflügte Fläche betrug 26 143,49 Ar.

Der weitere Wüsteranbau, an dem fast alle Bezirke mehr oder minder beteiligt sind, ist zum Teil auf die geringen Tabakpreise des Vorjahres zurückzuführen, zum Teil auch auf vermehrte Viehzucht, die bei den günstigen Viehpreisen den Futterbau lohnender erscheinen läßt, als den Tabakbau.

Der Gesamtertrag der Tabakern des Jahres 1905 betrug nach den erzielten Durchschnittspreisen 7 657 119 M. gegen 6 077 103 M. im Jahre 1904, somit 980 016 M. (14,68 v. H.) mehr, was größtenteils auf die erzielten höheren Preise, zum Teil aber auch auf die von 1 Hektar durchschnittlich geerntete größere Gewichtsmenge des Jahres 1905 gegen die von 1904 zurückzuführen ist.

Versuche mit anderen Tabaksorten, als den bisher üblichen, sind nicht gemacht worden. Hauptächlich wird Gundi-, Amerspforter- und Friedrichstaler Tabak gebaut, vereinzelt auch Elsäffer Tabak.

Die Witterung war beim Ansetzen im allgemeinen gut. Die vereinzelt etwas früh im Mai gepflanzten Setzlinge hatten zwar durch die damals herrschende kühle, regnerische Witterung zu leiden, die später gelehten Pflanzungen dagegen gediehen gut und entwickelten sich gleichmäßig. Ende Juli und Anfang August hemmten Trockenheit und Hitze eine Zeitlang das Wachstum und die weitere Entwicklung der Pflanzler; später aber trat reichlich warmer Regen ein, so daß sich der Tabak wieder erholen und fast überall gut ausreifen konnte.

Großen Schaden hat der bereits erwähnte Hagelschlag angerichtet. Teilweise war der Tabak ganzer Grundstücke zerstört und es wurden infolgedessen Umpflügungen in größerem Maße vorgenommen. Bei vielen andern Pflanzern war der Ertrag bis zur Hälfte vernichtet und es verloren die stehengebliebenen beschädigten Blätter viel an Wert. Vereinzelt haben sich die Pflanzler auch dadurch zu helfen gesucht, daß sie die Stöcke zur Nachernte stehen ließen.

Für die unbeschädigten Grundstücke ist das Ergebnis der Ernte im allgemeinen nicht ungenügend. Der durchschnittliche Ertrag belief sich trotz der erwähnten Beschädigung auf 2468 Kilogramm auf 1 Hektar, was also noch höher als im Vorjahre.

Die Trocknung am Dach ist gut, aber im allgemeinen etwas langsam verlaufen. Der Tabak mußte infolgedessen länger als sonst hängen bleiben, er wurde aber dadurch zu seinem Vorteil etwas ausgelagert. Beanstandungen wegen schlechter Lieferung sollen wenig erhoben worden sein, da der Tabak meistens in guter Beschaffenheit zur Wage kam.

Die Fermentation nahm fast durchweg einen guten Verlauf. Die Tabake aus Ortschaften, die dem Tabakbau die erforderliche Sorgfalt widmen, haben sich dabei gut entwickelt, die aus anderen Orten weniger gut. Der vom Hagel nicht beschädigte Tabak ist elastisch und im allgemeinen in bezug auf Feinheit

von Zufälligkeiten, teils von der Einsicht und dem guten Willen der örtlichen Schulbehörden bzw. der Gemeindevertretung ab. Dies konnte dem scharfsichtigen Wille Ihrer königlichen Hoheit der Großherzogin in nicht entgegen. Diese Wahrnehmungen gaben Allerhöchsterseits den Anlaß, nachdem am 8. März 1868 ein neues Gesetz über den Elementarunterricht erlassen war, in einer Denkschrift vom Juni 1868 an den Herrn Staatsminister Dr. Follh die Mängel des vorhandenen Zustandes darzustellen und die Bereitwilligkeit des Vereins fund zu geben, zur Befreiung der Missetätigen einen Staatszuschuß von 2200 fl. auf solcher Grundlage konnte der Verein am 4. März 1870 mit einer Aufforderung zur Teilnahme an dem einzurichtenden Kurse vorgehen. Der Versuch war vom besten Erfolge gekrönt. Noch galt es, für die auswärtigen Jünger ein angemessenes Unterkommen zu schaffen; man entschloß sich zur Einrichtung eines Pensionats im Luisenbause. Nach all diesen Vorbereitungen konnte der erste Kurs mit 32 Schülerinnen am 16. Mai 1870 eröffnet werden. Der begonnene Unterrichtsstudium sollte aber nicht ohne Störung zu Ende geführt werden. Der Ausbruch des Krieges mit Frankreich machte eine Unterbrechung zur unausweichlichen Notwendigkeit; erst am 4. Januar 1871 konnte er wieder aufgenommen werden.

Die Frage der beruflichen Weiterbildung zur Hebung der Erwerbsfähigkeit des weiblichen Geschlechtes, wie sie vom Badischen Frauenverein vorerit wenigstens nach einigen Richtungen praktisch in Angriff genommen wurde, nahm in der zweiten Hälfte der 60er Jahre auch in weiteren Kreisen in Deutschland die Aufmerksamkeit mehr und mehr in Anspruch. In Karlsruhe kam dieselbe infolge zweier Vorträge des Lehrers der Volkswirtschaft am Polytechnikum, Professor Dr. C. M. G. in H. u. N. Nachdem eine Anzahl Abdrücke dieser Vorträge durch den Frauenverein zur Verteilung gebracht worden war, fand am 22. Mai 1869 eine Versammlung von etwa 40 Männern in der Landes-gemeindehalle in Karlsruhe statt, in welcher einstimmig anerkannt wurde, daß zur Erweiterung der Erwerbsgebiete des weiblichen Geschlechtes etwas geschehen müsse. Die gemachten Vorschläge bewegten sich in der doppelten Richtung, einmal in der Vertiefung der Notwendigkeit einer erweiterten Berufsbildung und dann in der Ermittlung neuer Arbeitsgebiete für das weibliche Geschlecht. Für beiderlei Vorschläge wurden in der Versammlung besondere Kommissionen ernannt. Die Ergebnisse der Beratungen der ersten der beiden Kommissionen waren von wesentlicher Bedeutung. In ihnen liegt der Keim für eine Reihe der später zur Entwicklung gekommenen, jetzt in erfreulicher Weise stehenden Bildungsanstalten des Vereins. Es wurde zunächst in einer durch den Beitritt des Frauenvereins beruhenden größeren Versammlung am 13. Februar 1870 die Gründung eines Sonntagvereins beschlossen.

Im Bestande der Bezirksabteilungen und Ortsvereine trat von 1866 bis 1870 keine erhebliche Veränderung ein. Neue Vereine bildeten sich in Wehrle, Heilgenberg und Pfaffenlocher. Ein sehr erheblicher Fortschritt gab sich in der mehr und mehr sich entwickelnden Vebaltung der Beziehungen der Vereine des Landes zu der Zentralleitung kund, welche schon dadurch äußerlich wahrnehmbar hervortritt, daß im Jahre 1869 von 40 Vereinen Redenschaftsberichte eingesendet wurden. So ward denn die Organisation des Vereinswesens im großen ganzen in einer Weise geordnet, die es ermöglichte, den hohen Anforderungen, welche die plötzlichen hereinbrechenden gewaltigen Ereignisse an sie stellten, gerecht zu werden.

des Blattes zufriedenstellend; Farbe Geruch und Brennbarkeit sind zwar nicht überall gut, doch kann der Tabak zum größten Teil in der Zigarrenfabrikation als Einlage, zum Teil auch als Umblatt verwendet werden. Der verbagelte Tabak ist meistens nicht elastisch und eignet sich wegen mangelhaften Brandes und schlechter Farbe nicht zur Zigarrenfabrikation. Er wird zum Schneiden und für geringen Spinnabak verwendet.

Die Abnehmer des Tabaks waren, wie bisher, hauptsächlich inländische Händler und Fabrikanten in Mannheim, Heidelberg, Bruchsal, Lahr, Emmendingen und Pöhlzheim, größerer Mengen kamen auch nach Straßburg und Ludwigshafen.

Die niedrigsten Preise stellten sich für dreizehn Tabak im Durchschnitt

für Obergut auf	43 M.
für Sandblatt auf	33 M.
für Gruppen auf	19 M.
die höchsten Preise:	
für Obergut auf	63 M.
für Sandblatt auf	48 M.
für Gruppen auf	32 M.

für den Doppelzentner. Für den in grünem Zustande verlaufenen Tabak sind im Durchschnitt 4,50 M. bezahlt worden; der im Bezirk Karlsruhe und Bruchsal geerntete Nachtak stellt sich auf 41 M.

Für ganz Baden berechnet ohne Rücksicht auf Gattung und Sorte des Tabaks sind von den Pflanzern durchschnittlich 53 M. für den Doppelzentner gelöst worden, d. h. 9 M. mehr als im Vorjahre. Dieser im Verhältnis zur Güte des Tabaks sehr hohe Preis ist darauf zurückzuführen, daß die Bestände der Händler an älteren brauchbaren Jahrgängen sehr gering waren, auch wirkte die Vernichtung eines beträchtlichen Teiles der zu erwartenden Ernte bei dieser Preissteigerung etwas mit, ebenio die damals in Aussicht genommene Erhöhung der Steuerfäße. Im laufenden Erntejahr 1906 ist nach den vorliegenden vorläufigen Feststellungen sowohl hinsichtlich der Zahl der Tabakpflanzler als auch der mit Tabak bebauten Fläche eine Zunahme eingetreten. Es betrug nämlich die Zahl der Pflanzler 32 193 (21,93 mehr als im Jahre 1905) und der Flächeninhalt der mit Tabak bebauten Grundstücke 617 686 Ar (36 106 Ar mehr als im Vorjahre).

Arbeiterbewegung.

(Telegramme.)

* Hamburg, 2. Nov. Der Ausstand der Binnenschiffer verstärkte sich gestern dadurch, daß die Steuerleute der Vereinigten Elbschiffahrtsgesellschaften Arbeit auf anderen als den von ihnen geführten Oberländer Schiffen verweigerten. In Seeferme liegen jetzt acht von ihren Mannschaften verlassen Fischdampfer. Die Zahl der Ausständigen ist auf 90 gestiegen. Bestimmte Forderungen stellten sie noch nicht, doch sollen sich die Reedereien zu Zugeständnissen bereit erklärt haben.

* Gesehmünde, 2. Nov. Der Ausstand der Fischdampfer-Katzen gewinnt an Ausdehnung.

* Gesehmünde, 2. Nov. Hier liegen 21 Fischdampfer still, doch sind nur 80-90 Mann von der Besatzung im Ausstand. Die Reederei haben bereits Zugeständnisse gemacht.

* London, 2. Nov. Auf 10 von 50 Kohlengruben des Reiches Rhondda in Wales, die insgesamt etwa 45 000 Arbeiter beschäftigen, stellten gestern die Bergarbeiter, nachdem sie vor vier Wochen gekündigt hatten, die Arbeit ein, um dadurch gegen die Beschäftigung von solchen Bergarbeitern zu protestieren, die nicht der Bergarbeitervereinigung angehören. Auf den übrigen 40 Kohlengruben ist es nicht zum Ausstand gekommen, weil dort alle Arbeiter der Bergarbeitervereinigung beigetreten sind.

* Glasgow, 1. Nov. Der Ausstand der Schiffbauer am Clyde ist dadurch in eine neue Phase getreten, daß der Arbeitgeberverband beschlossen hat, am nächsten Sonntag bekannt zu geben, daß die Kesselschmiede am 17. November ausgesetzt werden sollen, wenn die Schiffbauer bis dahin die Arbeit nicht wieder aufgenommen haben. Unter diesen Umständen ist es wohl möglich, daß die Kesselschmiede dieser Maßnahme zuvorkommen und ihrerseits die Arbeit einstellen. In diesem Falle würden noch 6-7000 Mann beschäftigungslos werden.

Neueste Nachrichten und Telegramme.

* Potsdam, 2. Nov. Seine Majestät der Kaiser empfing gestern den Besuch des Prinzen Heinrich und unternahm einen längeren Spaziergang in der Umgebung des Neuen Palais. Heute vormittag nahm der Kaiser militärische Meldungen entgegen.

* Wien, 2. Nov. Erzherzog Otto ist gestern abend um 6 Uhr gestorben.

Erzherzog Otto Franz Joseph, der zweite Sohn des verstorbenen Erzherzogs Karl Ludwig, ein Bruder des Kronprinzen Franz Ferdinand, war am 21. April 1865 in Graz geboren. In der Armee nahm er den Rang eines Generals der Kavallerie ein, war Generalinspekteur der Kavallerie und Chef eines österreichischen, preussischen (Kreuzer der Sufaren), sächsischen und russischen Regiments. Vermählt war er seit 1888 mit der Prinzessin Marie Josepha von Sachsen. Aus dieser Ehe sind die beiden Söhne Karl Franz Joseph und Maximilian Eugen Ludwig, die jetzt 19 bzw. 11 Jahre alt sind, entsprossen. Erzherzog Otto ist einem schweren Schlaganfall und Lungenleiden, das schon einmal eine heftige Krampfbewegung genommen hatte, erlegen. Seine Gemahlin und Erzherzog Max weilten in Cannes, wo sie an der Feier der Hochzeit des Prinzen Johann von Sachsen teilgenommen haben.

Ueber die letzten Stunden wird berichtet: In der vergangenen Nacht stellte sich beim Erzherzog Otto hochgradige Atemnot, jedoch ohne Fieber ein. Die Atembellemmung dauerte tagsüber an, wurde jedoch durch Sauerstoffinhalation und beruhigende Mittel gemildert. Der Zustand verschlimmerte sich nachmittags derart, daß der Weichselhof Marjall dem Erzherzog die Sterbefarmente reichte. Um 5 Uhr nahm die Atemnot in hohem Grade zu. Trotz der angewandten Mittel trat gegen 6 Uhr die Katastrophe ein. Der Erzherzog, der bis zum letzten Augenblick beim Bewußtsein war, verschied sanft. Dem Kaiser wurde die Nachricht vom Tode des Erzherzogs sofort nach Schönbrunn übermittelt. Die Erzherzogin Marie Theresie, seine Mutter, weinte unangeseht am Krankenbette.

* Paris, 2. Nov. Aus Algerien wird gemeldet: Auf der Dase Tafilet wurde gegen eine Kamelherde ein Raubzug ausgeführt. Es ist Kavallerie zur Verfolgung der Täter entsandt worden.

* London, 1. Nov. Unterhaus. In Beantwortung einer Anfrage erklärt der Staatssekretär des Auswärtigen, Edward Grey, die Gültigkeit des zwischen England, Frankreich und Italien bezüglich Abessinien abgeschlossenen Uebereinkommens sei nicht abhängig von der Zustimmung des Kaisers Menelik. Das Uebereinkommen sei diesem mitgeteilt worden, um ihm zu zeigen, daß seine Interessen durch Verabredungen, die die drei Mächte untereinander getroffen haben, nicht beeinträchtigt würden. Eine Anfrage, betreffend die türkischen Forderungen, beantwortet der Staatssekretär mit

der Erklärung, daß Verhandlungen in dieser Angelegenheit noch im Gange seien. Im weiteren Verlaufe der Sitzung teilt Premierminister Campbell-Bannerman mit, daß die Regierung in der Frage der Errichtung eines Handelsministeriums zu keinem Beschlusse gelangt sei.

* London, 2. Nov. In Galway (Irland) kam es gestern am Schluß einer Erschwählerversammlung zwischen den Anhängern der unabhängigen Reformpartei und den Nationalisten zu Streitigkeiten. Die Männer schlugen mit Steinen aufeinander, auch wurden Steine geworfen. Eine Fischverfäuflerin bemerkte die Kämpfenden mit dem Inhalt ihrer Körbe. Etwa 100 Polizisten stellten mit Knüppeln die Ordnung wieder her, 40 sind verwundet. Der Abg. Gillison hat an den Staatssekretär für Irland telegraphiert, die Polizei habe in schimpflicher Weise dem Angriff auf die Nationalistenversammlung Unterstützung verliehen.

* Christiania, 2. Nov. Nach mehrtägiger Debatte über die Adresse der Verworf der Storting mit 115 gegen 6 Stimmen die von Skonow beantragte Tagesordnung, nach welcher ein Zusammenarbeiten zwischen der Regierung und dem Storting auf der Grundlage des Programms der Linken erfolgen muß. Der Storting nahm darauf mit 103 gegen 18 Stimmen folgende von dem Stortingpräsidenten Werner beantragte Tagesordnung an: „Unter Hinweis auf die Ausführungen des Ministerpräsidenten, betreffend das Verhältnis zwischen dem Programm der Linken und dem der Regierung, welche die Möglichkeit für ein parlamentarisches Zusammenarbeiten bieten, erklärt sich der Storting bereit, eine Lösung der vorliegenden bedeutenden nationalen, finanziellen und sozialen Fragen unter dem Zusammenwirken mit der Regierung, anzustreben.“ Der Ministerpräsident hatte sich mit der Tagesordnung einverstanden erklärt.

Verschiedenes.

* Karau, 2. Nov. (Telegr.) In der vergangenen Nacht erschoss ein aus der Fremde zurückgekehrter Sohn des Gymnasiallehrers Winterer in einem Anfall von Geistesgestörttheit seine Mutter, seinen Vater und dann sich selbst.

* Abbazia, 2. Nov. (Telegr.) Hier wütete ein heftiger Scirocco, verbunden mit gewaltiger Sturmflut und Wolkenbruch, durch den die vordere Hälfte der großen Mole zerstört wurde.

* Cannes, 2. Nov. (Telegr.) Im Hafen ist durch ein Unwetter erheblicher Schaden angerichtet worden. Einige kleine Schiffe sind gesunken.

* St. Raphael (zwischen Toulon und Nizza) 2. Nov. Ein heftiger Sturm richtete gestern abend an den Hafendämmen großen Schaden an und führte den Verlust von drei Handelsschiffen und mehreren Fischfahrzeugen herbei.

* Rom, 2. Nov. (Telegr.) Infolge starker Wolkenbrüche überhüllte der Lavajochlammer des Vesuvius die Abhänge der Berge und zerstörte die Gärten. Der gewaltige, mit reißender Schnelligkeit herabstürzende Schlammstrom teilte sich bei Moretta in zwei Arme, von denen der eine hart am Kirchhof von Portici vorbeizog, während der andere sich San Giorgio und Cremano zuwandte. Am Markt von Cremano vereinigten sich die beiden Ströme wieder. Nachdem er in alle Keller und Läden eingedrungen und die Bevölkerung in großen Schrecken versetzt hatte, breitete er sich bis Mesina und San Giovanni aus, wo er viele Häuser unter Schutt und Asche begrub und stellten den Betrieb ein. Der Sturm vollendete das Zerstörungswerk. Der Lavastrom trug ein 40 Meter langes Dach eines Gastwerkes davon.

* Stockholm, 2. Nov. (Telegr.) Auf dem Maclarsee fand in voriger Nacht ein Zusammenstoß des Dampfers „Transit“ mit dem Schleppdampfer „Ferm“ statt; beide sind aus Stockholm. Der „Ferm“ ist gesunken. Von seiner Besatzung wurden sechs Personen vom „Transit“ gerettet, die übrigen fünf sind ertrunken.

Wetterbericht des Zentralbureaus für Meteorologie u. Hydrometeorologie vom 2. November 1906.

Während hoher Druck wie bisher den Nordosten Europas bedeckt, ist das Depressionsgebiet, das vorgestern und gestern über der westlichen Hälfte Mitteleuropas lagerte, nordwärts bis zur Nordsee und den britischen Inseln weitergezogen; in weitem Umkreise verursacht sie noch trübes oder unbeständiges Wetter mit Regenschauern. Veränderliches Wetter ohne erhebliche Niederschläge und mit wenig veränderten Temperaturverhältnissen ist zu erwarten.

Wetternachrichten aus dem Süden vom 2. November, früh.

Lugano bedeckt 6 Grad; Nizza wolkig 8 Grad; Triest bedeckt 12 Grad; Florenz Regen 10 Grad; Rom bedeckt 11 Grad; Cagliari Regen 13 Grad; Brindisi Regen 16 Grad.

Witterungsbeobachtungen der Meteorolog. Station Karlsruhe.

	Barom. mm	Therm. in C.	Abf. Feucht. in mm	Feuchtigkeit in %	Wind	Himmel
31. Oktober						
Nachts 9 ⁰⁰ U.	738.0	10.7	7.4	77	NE	bedeckt
1. November						
1. Morgs. 7 ⁰⁰ U.	739.5	7.7	6.1	77	SW	"
1. Mittags 2 ⁰⁰ U.	734.4	12.3	7.2	67	SW	"
1. Nachts 9 ⁰⁰ U.	735.9	9.1	8.1	95	SW	"
2. Morgs. 7 ⁰⁰ U.	738.3	6.5	5.7	80	E	heiter
2. Mittags 2 ⁰⁰ U.	739.3	11.9	5.8	56	SW	"

Regen. Sturm.

Höchste Temperatur am 31. Oktober: 14.0; niedrigste in der darauffolgenden Nacht: 7.5.

Niederschlagsmenge des 31. Oktober: 0.0 mm.

Höchste Temperatur am 1. November: 13.5; niedrigste in der darauffolgenden Nacht: 6.5.

Niederschlagsmenge des 1. November: 1.6 mm.

Wasserstand des Rheins am 1. November, früh: Schusterinsel 0.83 m, Stillstand; Rehl 1.34 m, gefallen 1 cm; Magau 2.64 m, gefallen 1 cm; Mannheim 1.68 m, gefallen 1 cm.

Wasserstand des Rheins am 2. November, früh: Schusterinsel 0.82 m, gefallen 1 cm; Rehl 1.32 m, gefallen 2 cm; Magau 2.63 m, gefallen 1 cm; Mannheim 1.66 m, gefallen 2 cm.

Verantwortlicher Redakteur: Julius Kay in Karlsruhe.

Druck und Verlag: G. Braun'sche Hofbuchdruckerei in Karlsruhe.

Neues unübertreffliches Taschentuch-Parfüm in Flaconen zu M. 2.50 u. 1.-. Überall vorrätig. Parfümerie Heinrich Mack, Ulm a. D.

Einladung zum Abonnement.
Für die Saison 1906/1907 empfehle ich meine

Musikalien-Leihanstalt

bereichert durch die neuesten Kompositionen von Reger, Strauss, Wolf etc.

Musikalienhandlung Fr. Doert

Kaiserstr. 159, Eingang Ritterstr.

Siemens-

Tantallampe

Elektrische Spar-Glühlampe
Überall erhältlich

C. 975.4.1

Das PIANOFORTELAGER von

Ludwig Schweisgut

in KARLSRUHE, Erbprinzenstrasse Nr. 4, enthält eine mustergültige Auswahl von

Flügel-Pianos-Harmoniums

AEOLIANS — PIANOLAS — wohl über hundert Fabrikate — vom einfachsten Lernklavier bis zum ideal vollkommensten Flügel und erleichtert dadurch die Wahl eines Instrumentes wesentlich.

Todes-Anzeige.

Gott dem Allmächtigen hat es gefallen, unsern innig geliebten Vater, Grossvater und Schwiegervater

Julius Bulster

Domänenrat a. D.

nach langem Leiden, jedoch unerwartet, heute vormittag in die ewige Heimat zu sich zu nehmen.

Freiburg, den 1. November 1906.

Namens der trauernden Hinterbliebenen:

Elisabeth Hollerbach geb. Bulster.
Franziska Bulster.
Wilhelm Hollerbach, Gr. Notar.

Die Beerdigung findet Samstag 1/4 Uhr nachmittags statt.

G. Braunsche Hofbuchdruckerei u. Verlag, Karlsruhe

Vom Grossh. Ministerium des Innern durch die Herren Landeskommisäre den Grossh. Bezirksamtern empfohlen.

Die Dezentralisation der Industrie und der Arbeiterschaft im Grossherzogtum Baden

und die Verbreitung des Mehrfamilienhauses (Mietskasernen) auf dem Lande von

P. F. Walli
Doktor der Rechte und der Staatswissenschaften.
Volkswirtschaftliche Abhandlungen der Bad. Hochschulen VIII. Band, 4. Ergänzungsband.
Preis Mk. 3.80.

„Walli sagt: „Mögen sich die Städtepolitiker immer vor Augen halten, dass ihre Sozialpolitik solange der Sisyphusarbeit vergleichbar bleibt, als der stete Zustrom von ländlichen Arbeitermassen neues Elend schafft.“ Da hilft nur ländliche Wohlfahrtspflege, insbesondere: Erhaltung des Einfamilienhauses auf dem Lande durch Zusammenwirken von Staat und Gemeinde, gemeinnützigen Gesellschaften, Arbeitgeber und Arbeitervereinigungen. Mögen sie das Rüstzeug, das ihnen das vorliegende Buch zu diesem Zweck in die Hand gibt, verständnisvoll benutzen!“
Beilage zur Allgemeinen Zeitung. 1. September.

Zu beziehen durch jede Buchhandlung.

In einer Kreisstadt Badens sucht Rechtsanwalt mit erster Praxis oder Referendar jungen Rechtsanwalt Referent, zur Vorbereitung späterer Association. Off. unter D. 801 an die Expedition d. Bl. 3.2

Nur 1 Mark das Los!
der XV. Strassburger Pferde-Lottis
Ziehung sicher 10. November
Günstige Gewinnaussichten
Gesamtbetrag i. W. von

39000 M.

Hauptgewinne

12500 M.

1198 Gewinne zus.

26500 M.

Los 1 M. Porto u. Liste 30 Pfg.
empfehlen das General-Dabit
J. Stürmer, Strassburg i. E.
Langstr. 107.
In Karlsruhe: Carl Götz,
Hebelstr. 11 15.

Öffentliche Zustellung einer Klage.
D. 862.2. Nr. 20378. Karlsruhe.
Die Ehefrau des Zuschneiders Mag. Oscar Scharfberg, Lina Hulda geb. Schönfeld in Rodlitz, — Prozessbevollmächtigter: Rechtsanwalt Dr. Ellenbogen in Karlsruhe — klagt gegen ihren genannten Ehemann, früher zu Karlsruhe, jetzt an unbekanntem Ort, auf Grund des § 1565 B.G.B., mit dem Antrage, auf Scheidung ihrer am 7. Oktober 1900 in Seelitz geschlossenen Ehe.

Die Klägerin ladet den Beklagten zur mündlichen Verhandlung des Rechtsstreits vor die erste Zivilkammer des Grossh. Landgerichts zu Karlsruhe auf

Dienstag den 8. Januar 1907, vormittags 9 Uhr,
mit der Aufforderung, einen bei dem gedachten Gerichte zugelassenen Anwalt zu bestellen.

Zum Zwecke der öffentlichen Zustellung wird dieser Auszug der Klage bekannt gemacht.

Karlsruhe, den 30. Oktober 1906.
Mörs,
Gerichtsschreiber Gr. Landgerichts.

Öffentliche Zustellung einer Klage.
D. 856.2. Nr. 20378. Karlsruhe.
Die Ehefrau des Zuschneiders Mag. Oscar Scharfberg, Lina Hulda geb. Schönfeld in Rodlitz, — Prozessbevollmächtigter: Rechtsanwalt Dr. Ellenbogen in Karlsruhe — klagt gegen

gen ihren genannten Ehemann, früher zu Karlsruhe, jetzt an unbekanntem Ort, auf Grund des § 1565 B.G.B., mit dem Antrage, auf Scheidung ihrer am 7. Oktober 1900 in Seelitz geschlossenen Ehe.

Die Klägerin ladet den Beklagten zur mündlichen Verhandlung des Rechtsstreits vor die erste Zivilkammer des Grossh. Landgerichts zu Karlsruhe auf

Dienstag den 8. Januar 1907, vormittags 9 Uhr,
mit der Aufforderung, einen bei dem gedachten Gerichte zugelassenen Anwalt zu bestellen.

Zum Zwecke der öffentlichen Zustellung wird dieser Auszug der Klage bekannt gemacht.

Karlsruhe, den 30. Oktober 1906.
Mörs,
Gerichtsschreiber Gr. Landgerichts.

Öffentliche Zustellung einer Klage.
D. 862.2. Nr. 11128. Staufen.
Der Weinhändler Nathan Kahn zu Sulzberg klagt gegen den Privat Adolf Geering von Untermünsterthal, zurzeit an unbekanntem Ort abwesend, aus Mäckervertrag, mit dem Antrage, auf sofortige, vorläufig vollstreckbare Verurteilung des Beklagten zur Zahlung von 300 M.

Der Kläger ladet den Beklagten zur mündlichen Verhandlung des Rechtsstreits vor das Grossh. Amtsgericht zu Staufen

Mittwoch den 19. Dezember 1906, vormittags 9 Uhr,
zum Zwecke der öffentlichen Zustellung wird dieser Auszug der Klage bekannt gemacht.

Staufen, den 31. Oktober 1906.
Hörhölzer,
Gerichtsschreiber Gr. Amtsgerichts.

Aufgebot.
D. 806.2.2. Nr. 2-563. Offenburg.
Der Abwesenheitspfleger des Franz Kaber Busam von Rammerweier, nämlich Anton Busam, Johann Sohn dort, hat beantragt, mit vormundschaftsgerichtlicher Genehmigung den genannten verstorbenen Franz Kaber Busam, zuletzt wohnhaft in Rammerweier, für tot zu erklären.

Der bezeichnete Verstorlene wird aufgefordert, sich spätestens in dem auf Donnerstag den 23. Mai 1907, vormittags 9 Uhr, vor dem unterzeichneten Gericht Amtsgericht Offenburg anberaumten Aufgebotsstermine zu melden, widrigenfalls die Todeserklärung erfolgen wird.

An alle, welche Auskunft über Leben oder Tod des Verstorlenen zu erteilen vermögen, ergeht die Aufforderung, spätestens in Aufgebotsstermine dem Gericht Anzeige zu machen.

Offenburg, den 27. Oktober 1906.
Grossh. Amtsgericht I.
Gerichtsschreiber:
C. Keller.

Konkursverfahren.
D. 880. Freiburg. In dem Konkurs über das Vermögen des Kaufmanns Alphonse Eburner, Freiburg soll die Schlussverteilung erfolgen wozu M. 1200.28 verfügbar sind.

Nach dem in der Gerichtsschreiberei Freiburg ausliegenden Schlussverzeichnis sind dabei M. 7.67, bevorrechtigte und M. 14828.70 nichtbevorrechtigte Forderungen zu befreiten.

Freiburg i. B., 2. November 1906.
Der Konkursverwalter:
C. Montigel.

Konkursverfahren.
D. 885. Nr. 7641. Karlsruhe.
Ueber das Vermögen des Rüstmeister's Gustav Schramble hier, Herrenstr. 9, wurde heute am 2. November 1906, vormittags 9 Uhr, das Konkursverfahren eröffnet.

Der Kaufmann Franz Geuer hier wurde zum Konkursverwalter ernannt. Konkursforderungen sind bis zum 20. November 1906 bei dem Gerichte anzumelden.

Es ist zur Beschlussfassung über die Wahl eines anderen Verwalters, sowie über die Bestellung eines Gläubigerausschusses und eintretendenfalls über die in § 132 der Konkursordnung bezeichneten Gegenstände und zur Prüfung der angemeldeten Forderungen auf Freitag den 30. November 1906, vormittags 11 Uhr, vor dem diesfälligen Gericht, Akademiestrasse 2A, III. Stock, Zimmer Nr. 17 Termin anberaumt.

Allen Personen, welche eine zur Konkursmasse gehörige Sache in Besitz haben oder zur Konkursmasse etwas schuldtig sind, ist aufzugeben, nichts an den Gemeinschuldner zu verahpfolgen oder zu leisten, ausser die Verpflichtung aufzulegen, von dem Besitze der Sache und von den Forderungen, für welche sie aus der Sache abforderte Verpfändung in Anspruch nehmen, dem Konkursverwalter bis zum 20. November 1906 Anzeige zu machen.

Karlsruhe, den 2. November 1906.
Bruch,
Gerichtsschreiber Gr. Amtsgerichts.

Stratrechtspflege.
Labung.
D. 757.3.2. Nr. 56284. Mannheim.
Lorenz Bekner, geboren am 1. Mai 1871 zu Rottenburg a. M.,

ledig, katholisch, Kellner, zuletzt wohnhaft in Mannheim, zurzeit unbekannt wo, wird beauftragt, dass er als beurlaubter Wehrmann der Landwehr 2. Aufgebots ohne Erlaubnis ausgewandert ist.

Uebertretung gegen § 360 Ziffer 3 R. Str. G. B.

Derselbe wird auf Anordnung des Grossh. Amtsgerichts — Abt. 9 — hier selbst auf

Samstag den 22. Dezember 1906, vormittags 9 Uhr,
vor das Grossh. Schöffengericht hier zur Hauptverhandlung geladen.

Bei unentschuldigtem Ausbleiben wird derselbe auf Grund der nach § 472 Absatz 2 und 3 Str. P. O. von dem Bezirkskommando — Hauptmiesamt — hier ausgestellten Erklärung vom 25. September 1906 verurteilt werden.

Mannheim, den 24. Oktober 1906.
Grabenstein,
Gerichtsschreiber Gr. Amtsgerichts 9.

Labung.
D. 861.3.2.1. Nr. 56874. Mannheim.
Wilhelm Kiefer I., geboren am 30. Dezember 1878 zu Müppurr, Schlosser, zuletzt wohnhaft in Mannheim, zurzeit unbekannt wo, wird beauftragt, dass er als beurlaubter Reserveoffizier ohne Erlaubnis ausgewandert ist.

Uebertretung gegen § 360 Ziffer 3 R. Str. G. B.

Derselbe wird auf Anordnung des Grossh. Amtsgerichts — Abt. 9 — hier selbst auf

Samstag den 22. Dezember 1906, vormittags 9 Uhr,
vor das Grossh. Schöffengericht hier zur Hauptverhandlung geladen.

Bei unentschuldigtem Ausbleiben wird derselbe auf Grund der nach § 472 Str. P. O. von dem Bezirkskommando Mannheim ausgestellten Erklärung vom 30. Juni 1906 verurteilt werden.

Mannheim, den 25. Oktober 1906.
Grabenstein,
Gerichtsschreiber Gr. Amtsgerichts 9.

Vermischte Bekanntmachungen.
D. 883. Aus der Albert Schmeiberschen Stiftung können Stipendien von jährlich 1000 M. an individuelle mittellose Studierende deutscher Nationalität der Technischen Hochschule Karlsruhe verliehen werden.

Die Bewerbungen müssen längstens innerhalb 4 Wochen bei dem Sekretariat der Hochschule eingereicht werden, wo die Bedingungen der Verleihung einzusehen sind.

Karlsruhe, den 30. Oktober 1906.
Der Rektor
der Grossh. Technischen Hochschule
Friedericiana,
E. Arnold.

St. Nevegerbung.
Die Stelle des Leiters der städtischen Rechtsanwaltskammer, welche auf mündliche Anfrage Auskunft in allen Angelegenheiten des öffentlichen und privaten Rechts erteilt, soll alsbald besetzt werden.

Die Anstellung erfolgt nach Maßgabe der Dienst- und Gehaltsordnung für die Beamten der Stadt Freiburg — Gehaltsklasse IV, Anfangs- und Höchstgehalt 2700 und 4300 M., — mit Rücksicht auf Ruhegehalt und Hinterbliebenenversorgung. D. 845.3.2

Bewerber, welche obigen Anforderungen zu entsprechen vermögen, wollen ihre Gesuche unter Anschlag von Zeugnissen binnen zwei Wochen bei uns einreichen.

Freiburg im Breisgau, 24. Okt. 1906.
Der Stadtrat.

Schichtholzverkauf.
Aus den Wäldungen der Purgschifferschaft werden am Mittwoch den 7. November d. J., vormittags 10 Uhr beginnend, im Galtshaus zur Krone in Forbach (Baden) öffentlich versteigert:

Spaltholz: Stier: 1 eich., 3 tann., 3 ficht.,
Scheitholz: Stier: 936 buch., 1586 tann., 746 ficht.,
Frügelholz: Stier: 164 buch., 1006 tann., 394 ficht.,
Kohlholz, gemischt: Stier: 381 angerückt, 318 1/2 unangerückt.

Nähere Auskunft durch den Unterzeichneten.

Forbach, den 24. Oktober 1906.
Stephani, Oberförster.

Holzversteigerung.
Das Grossh. Forstamt Steinbach (Amt Rühl) veräußert am Mittwoch den 7. November 1906, vormittags 9 Uhr, im Rath in Steinbach aus den Domänen-Lungen-Purgwald und Steinschermwald nachstehende Holzsortimente:

9 Eichen, 23 Buchen, 477 Nadelholzstämmen, 1586 und Abschnitte, 273 Styr. Tannen, Buchen, Eichen, Schichten und Frügelholz, 56 Styr. Tannen, Kinde, 52 Styr. unanberichtetes Strohholz, 1140 Stück Nadelholz, Präparat, 15 Lose Schlagraum und ca. 30 Lose Deckeis. D. 8722

Forstwart Boos in Steinbach zeigt das Holz vor und teilt Auszüge aus der Aufnahmslisten.